

Antrag an den Einwohnerrat

vom 30. März 2026

0.2.2

Postulat Patricia Gloor und Julia Grieder betreffend Offenlegung der Kosten bei politischen Vorstössen; Entgegennahme

Ausgangslage

Am 23. Januar 2026 reichten Patricia Gloor und Julia Grieder sowie Mitunterzeichnende das Postulat betreffend Offenlegung der Kosten bei politischen Vorstössen mit folgendem Wortlaut ein:

«Der Stadtrat soll prüfen, ob künftig die im Zusammenhang mit der Bearbeitung politischer Vorstösse entstehenden Kosten ausgewiesen werden können.

Begründung:

Politische Vorstösse sind eines der wichtigsten Instrumente unserer Demokratie. Stimmbererechtigte und Ratsmitglieder können dadurch Anliegen, welche in die Zuständigkeit der Gesamtheit der Stimmberechtigten oder des Einwohnerrates fallen, einbringen. Auch im Brugger Einwohnerrat machen politische Vorstösse einen grossen Teil der Geschäfte aus. Im letzten Jahr wurden 19 Postulate, 2 Motionen, 1 Interpellation und 20 Kleine Anfragen eingereicht und bearbeitet.

Die Bearbeitung bzw. Beantwortung der Vorstösse ist nicht bei allen gleich gross. Dennoch verursacht jeder Vorstoss Kosten bei der Verwaltung, etwa für die Aufbereitung, Mitberichte, Sachbearbeitung und Geschäftsabwicklung.

Mit dem vorliegenden Postulat wird die Offenlegung dieser Kosten gefordert, so wie dies auch in anderen Städten, beispielsweise in Aarau oder im Grossen Rat üblich ist. Ziel ist es nicht, unsere demokratische Arbeit zu verhindern, sondern ein Bewusstsein sowie eine Wertschätzung für die Arbeit der städtischen Verwaltung zu schaffen. Denkbar wäre etwa eine Kostenerfassung in eine Excel-Tabelle. Die konkrete Umsetzung soll jedoch dem Stadtrat überlassen werden.»

Erwägungen des Stadtrates

Die Wahrnehmung der Volksrechte ist ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie. Dazu gehört auch das Recht der Mitglieder des Einwohnerrats, politische Vorstösse in Form von Kleinen Anfragen, Interpellationen, Postulaten oder Motionen einzureichen.

Die Offenlegung der Kosten, die die Bearbeitung eines politischen Vorstosse mit sich bringt, hat aus Sicht des Stadtrates sowohl Vor- als auch Nachteile.

Die Veröffentlichung der Kosten birgt die Gefahr, dass Ratsmitglieder davon abgehalten werden, Vorstösse für berechnete Anliegen einzureichen, wodurch wichtige politische Debatten ausbleiben könnten. Auch könnte sich die Diskussion von inhaltlichen Fragen hin zu Kostenthemen verlagern, insbesondere wenn die Bearbeitung eines politischen Vorstosses mit erheblichem Aufwand verbunden ist. Zuletzt verursacht die Offenlegung der Bearbeitungskosten selbst zusätzlichen Verwaltungsaufwand.

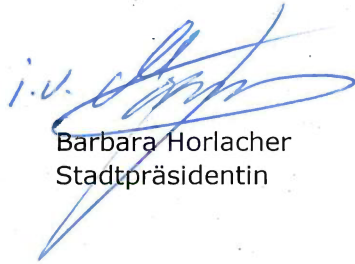
Gleichzeitig schafft die Offenlegung Transparenz darüber, welche Ressourcen die Verwaltung für die Behandlung von politischen Vorstössen einsetzt, was mittlerweile ein demokratischer Standard ist. Transparenz stärkt das Vertrauen in die öffentliche Hand und ermöglicht einen besseren Überblick über den zeitlichen und personellen Aufwand, der durch die Bearbeitung von politischen Vorstössen entsteht. Wird dieser Aufwand sichtbar, kann das Parlament seine Vorstösse wirksamer gestalten und priorisieren.

Zusammenfassend überwiegen aus Sicht des Stadtrates die Vorteile einer Offenlegung des für die Bearbeitung politischer Vorstösse anfallenden zeitlichen Aufwandes. Der Stadtrat ist daher bereit, das Postulat entgegenzunehmen und das Anliegen bereits im laufenden Jahr umzusetzen. Er strebt eine möglichst einfache und ressourcenschonende Umsetzung in Form eines einfachen Kategoriensystems an, das ohne übermässigen Zusatzaufwand eingeführt werden kann.

- Kleiner Aufwand: < 1 Arbeitstag
- Mittlerer Aufwand: > 1 Arbeitstag und < 5 Arbeitstage
- Grosser Aufwand: > 5 Arbeitstage

Ausgewiesen wird jeweils der Aufwand für die Erarbeitung des Berichts und Antrags an den Einwohnerrat. Der vorliegende Vorstoss konnte beispielsweise mit kleinem Aufwand – d. h. mit weniger als einem Arbeitstag – bearbeitet werden. Der Aufwand für die Bearbeitung nach der Überweisung des politischen Vorstosses ist darin nicht enthalten.

STADTRAT BRUGG


Barbara Horlacher
Stadtpräsidentin


Matthias Guggisberg
Stadtschreiber